

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Postfachkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Kontokonto: Dresdner Bank, Dresden, und Sachs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Reiz“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Konpareilzeile 20 Goldpf., die 30 mm breite Reklamazeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 25 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 60

Dresden, Donnerstag den 12. März 1925

36. Jahrg.

Die Geßler-Komödie

Die bürgerlichen Parteien haben noch immer keinen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl finden können. Von der Rechten wurde bekanntlich ein Verdingungsausschuss unter dem Vorsitz Loebels gegründet, der den Anshandel zentralisieren soll. Der Soz. Vorkomitee berichtet über die bisherigen Verhandlungen:

Der Loebel-Ausschuss hat sich vorläufig auf die Kandidatur Carres festgelegt, ließ aber am Mittwoch den Vertretern des Zentrums und der Demokraten, die den Ausschuss zum ersten Male beauftragten, erklären, daß er schließlich auch bereit ist, einer andern Kandidatur seine Zustimmung zu geben. Das Zentrum teilte mit, daß Dr. Carres untragbar sei. Das gleiche geschah von den Demokraten. Im Verlauf der Besprechungen tauchte dann eine Kandidatur Geßlers auf. Es ist beabsichtigt, daß dieser Vorschlag von „rechtsgerichteter Seite“ gemacht wurde. Die Demokraten erklärten sich bereit, für eine Kandidatur Geßler einzutreten, während das Zentrum auch gegen Geßler „starke Bedenken“ hat. Da der Parteiausschuss des Zentrums am Mittwoch abend 7 Uhr seine Beratungen über die Präsidentschaftswahl noch nicht abgeschlossen hatte, vertagte sich der Loebel-Ausschuss auf Donnerstag vormittag. Vorher hatte das Zentrum mitteilen lassen, daß eine „gemeinsame Kandidatur“ vorläufig noch nicht ganz ausgeschlossen sei.

Es scheint aber, daß diese Mitteilung in der Hauptsache aus taktischen Gründen erfolgte, denn auch der Parteiausschuss des Zentrums ist nach wie vor bestrebt, Carre als Kandidaten für die Präsidentschaft aufzustellen. Ein endgültiger Beschluß wurde trotz den mehrstündigen Beratungen des Ausschusses am Mittwoch noch nicht gefaßt. Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Die Unterhaltung über eine Kandidatur Geßler bezieht sich wieder einmal die Hilflosigkeit der deutschen Bürger. Der Loebel-Ausschuss ist eine Körperlichkeit der Rechtsparteien. Der Geßler-Vorschlag kam von da drüben, nichtsweniger wissen Zeitungen zu berichten, daß eine Unterredung zwischen dem Zentrumsführer Lehmann und dem Angehörigen Stresemann stattgefunden habe, wobei die Wirkung einer etwaigen Kandidatur des Reichsministers nach außen besprochen wurde. Stresemann betonte dabei, daß in manchen auswärtigen Hauptstädten eine Präsidentschaft des Reichswehramts Geßler wahrscheinlich Prestige erregen würde. In den Leipziger Nachrichten heißt es sogar, daß gegen Geßler „von Auswärtigen“ ein erhebliche Bedenken erhoben wurden.

Wenn nunmehr das Ausland vor einer Kandidatur Geßler nicht sehen würde, so müßte es mit Blindheit gehandelt sein! Nicht einmal ihren politischen Anshandel können die bürgerlichen Parteien mit einigen Stütze zu Hande bringen. Wir machen uns darum weder Sorgen, noch sind es unsere Wähler, aber man muß solche politische Talentbeweise den Parteien, die sich zur Alleinregierung Deutschlands berufen fühlen, immer wieder einmal ins rechte Licht stellen.

Loebels Bürgerdiakonie wird heute vormittag seine Beratungen endgültig beenden. Ob es ihm gelingt, ist eine andere Frage. Man bespricht sich und betreibt sich auf Gegenständigkeit und eine Berliner Funkmeldung berichtet uns dazu:

Der Präsidentschaftshandel ist inzwischen selbst der Deutschen Zeitung zu dünn geworden, die heute morgen feststellt: „Die Lage ist jetzt gänzlich verworren, wie überhaupt kaum je zuvor.“ Dafür hat man nun einen besonderen Ausschuss gebraucht. Zur Geßler-Komödie sagt heute morgen das Berliner Tageblatt: „Die Geneigtheit der Deutschen, für die Kandidatur des republikanischen und demokratischen Dr. Geßler einzutreten, scheint uns von dem Punkte her zu sein, daß dieser Vorschlag das Reichswehramt für einen Mann ihres besonderen Vertrauens zu ersetzen.“ — Geschick ist eben Geschick. Und selbst das größte Gut, das die deutsche Menschheit zu vergeben hat, die Reichswehramt, wird von den Demokraten und der Volkspartei als Handelsobjekt betrachtet. Damit der Handel nicht zu sehr aufblüht, hat man den „überparteilichen“ Ausschuss bestellt. Die demokratische Berliner Nationalpost hat schon recht, wenn sie heute in vorläufiger Form der Vermutung Ausdruck gibt, daß das Werk dieses „überparteilichen“ Ausschusses schließlich doch nur als eine „eine Partei-Führung“ angesehen wird. Die Herren scheinen jedenfalls zu wissen, wie man gut mit dem Volk über sie denkt.

Wiederum wird auch der Volksparteiler Dr. Heinze als Präsidentschaftskandidat der bürgerlichen Parteien genannt. Zeit es einen Loebel-Ausschuss und in Ostschlesien den „Ausschuss der Rechtsparteien für eine nationale Präsidentschaftskandidatur“ gibt, herrscht da drüben Frühjahrsstimmung. Der Dresdner Anzeiger sieht den Himmel an. Er läßt sich von seinem Berliner Mitarbeiter helfen, wie schon ein Kandidat wäre, bei dem Mary Breiten zwar Ministerpräsident bliebe, aber dafür „ein großer Reichsblut gewählter Reichspräsident und eine reichliche Reichsregierung“ das Jopler in den Händen. „Gleich heißt es dann weiter: „Aber diese Erwar-

tungen sind fast zu schön, als daß sie sich in vollen Umfang erfüllen können.“

Inwieweit sie sind fast zu schön, fast schöner als der politische Charakter des Anzeigers, das überparteiliche Blatt der Göttinger Zeitung, das den Ruf der Volkspartei nach rechts unentwegt mitgemacht hat!

Die Parteipolitik der Lutherregierung

D. Berlin, 12. März. (Eig. Funkdruck.) Es stellt sich neuerdings heraus, daß neben dem deutschnationalen Reichsinnenminister Schiele und dem gleichgesinnten Finanzminister Herr von Schlieffen auch der deutschnationalen Wirtschaftsminister an dem Versuch, den Reichstag für die Zeit der Präsidentschaftswahl auszuschalten, beteiligt war. Auch er hat sich entschieden für das Reichswehrministerium, das Herr von Schlieffen im Reichsrat vorgelegt hatte, eingesetzt, und zwar in der Absicht, auf diese Art die Volkspartei zum Geschehen zu machen, ohne daß vor dem Plenum des Reichstages eine Auseinandersetzung über seine speziellen Pläne möglich gewesen wäre.

Der Sinn der Geschichte war, die von den Deutschnationalen geforderten Agrarzölle auf dem Verordnungsweg durchzuführen.

Auf diese Weise wollte er den parlamentarischen Schwierigkeiten, die ihm insbesondere auch von den Industriellen gemacht worden wären, aus dem Wege gehen. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus betreibt also Parteipolitik in schamloser Form.

Der Anschlag auf die Deutschen Werke

Protest der Belegschaften gegen die Wucherschaften der Schweißindustrie

Die Belegschaften der Deutschen Werke, Abteilungen Bräunow, Schönebeck, beschäftigen sich in jeder überfüllten Betriebsversammlung mit der drohenden Verschärfung der Deutschen Werke an die Privatindustrie. Genosse Bergemann vom Gesamtbetriebsrat hat eingangs seines Referates einen kurzen historischen Überblick über den Aufbau dieses reichsbedeutenden Werkes gegeben.

Kommunistische Auseinandersetzungen

SPD. Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Die Erregung in der SPD, im Bezirk Essen trat bereits nach der Reichstagswahl im Dezember in Erscheinung. Es war am 15. Dezember 1924, also kurz nach der Reichstagswahl, als der Unterbezirk Essen der SPD, seine Funktionäre zu einer Versammlung über die Wahl in der Niederlage der SPD, zusammenberief. Die Sekretäre Schwan und Kollwitz waren aufgefordert zur Vertretung. Wer aber nicht erschien, waren die beiden. Der Sekretär Schwan verurteilte die Abwesenheit der beiden dadurch zu entschuldigen, daß er darauf hinwies, daß es nicht ausgeschlossen wäre, wenn beide Sekretäre erschienen, sie mit der Festnahme durch die Polizei zu rechnen hätten. Diese Festsetzung folgte dem Ruf des Ruhrgebietes, und die Konzeptionsleiter mußten sich dem Rufe, wie:

Fejling, Schirmer, Champagnerjungen, Querebengel, Derumtreiber usw. Auf. Als wieder Ruhe eintrat, wurden einige Funktionäre beauftragt, die beiden Sekretäre herbeizuholen. Schon nach einiger Zeit kehrten sie zurück, ohne die Gesuchten gefunden zu haben. In der dann einsetzenden Diskussion führte ein Funktionär aus, daß es eine Schande sei, wenn dieses Spiel von den Sekretären mit den Mitgliedern getrieben würde. Seitdem Schwan und Kollwitz in der Betriebsleitung registriert, sei die Mitgliederzahl ständig zurückgegangen. Das sowie der große Stimmenerlust sei nur auf die Faulheit und Unfähigkeit der beiden Sekretäre zurückzuführen. Die Funktionäre mühten es ab, sich fortwährend von den Mitgliedern interpellieren und Schwärze machen zu lassen über das Treiben der Sekretäre. Es solle besonders auf, daß die Herrschaften einen Aufwand trieben, der direkt aufreizend sei. Wenn man sie fische, so würde man sie am besten in Weinhäusern oder Dölkeln in Gesellschaft von Weibern und Bürgerlichen finden können.

Wo die Leute das Geld hernehmen, sei den Mitgliedern unbegreiflich.

Als Ernst Grauf nach dem Unterbezirk als Sekretär vorgeschlagen habe, wäre entsprechende Arbeit geleistet worden, deshalb müßten die Funktionäre von der Zentrale verlangen, daß Grauf nach Essen zurückkehre. Ein anderer Funktionär wies darauf hin, daß Kurt Rosenburg, das „Seltzertchen“, und Artur König, der „Autoführer“ genannt wurden und diesen Namen alle Ehre machten. Wenn solche Leute noch im Bezirk weiter verblieben, dann könne die Partei sich begabden lassen. Seit 20 Jahren sei er politisch und gewerkschaftlich organisiert, doch eine solche Schwärze habe er noch nirgends erlebt. Die Zentrale müsse von ihrem Herrgottsstandpunkt herunter, sonst ginge die ganze Partei in Trümmer. Die weitere Diskussion führte dazu, daß die Zusammenkunft ausfallt und die Auseinandersetzungen auf der Straße in wenig liebenswürdiger Weise fortgesetzt wurden.

Am 1. Februar fand in Essen in Anwesenheit von Ruth Böhler eine Konferenz statt. Ruth war sehr erstaunt, als

Die Versammlung nahm schließlich gegen drei Stimmen eine Resolution an, in der es heißt:

Die Belegschaft fordert von der Regierung eine Retention der beschlossenen Maßnahmen. Die geplante Umorganisation bzw. Abkündigung der Betriebe an die Privatindustrie ist nur zum großen finanziellen Verlust für das Reich möglich. Die finanziellen Verluste, die durch die beschlossenen Maßnahmen notwendig eintreten müssen, stehen in keinem Verhältnis zu der zur Fortführung des Unternehmens notwendigen neuen Finanzierung.

Nun die in den Deutschen Werken investierten großen Kapitalien dem Reich zu erhalten und außerdem die bisher anerkannter Weise geleistete Umstellungsarbeit auf organisatorischem und technischem Gebiet für das Reich in absehbarer Zeit zum erfolgreichen Abschluß bringen zu können, fordert die Belegschaft von der Reichsregierung und den Parteien, die notwendigen Kredite zu bewilligen.

Der Referent schlug der Versammlung die Bildung einer Kommission aus den Vorsitzenden der Betriebsräte vor, die an die linksstehenden Parteien des Reichstages herantreten soll, um sie zur Bewilligung der erforderlichen Kredite zu veranlassen. — Im Zusammenhang mit den Vorgängen in den Deutschen Werken hat der Delegierte, Generaldirektor Henrich, sein Amt als Vorstand- und Aufsichtsratsmitglied niedergelegt.

Bötkische Einigkeit

Am Sonntag fand in München eine Landesversammlung der Bötkischen Block statt, der sich vor Jahresfrist als Dachorganisation in Bayern gebildet hatte. Dabei wurde vom Landesleiter das Ergebnis einer Umfrage bei den einzelnen Ortsgruppen bekanntgegeben, aus dem hervorging, daß die große Mehrheit der Ortsgruppen in Bayern sich der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Hillers anschließen. Auch Stroßer erklärte, das gleiche zu tun. Auf Grund dieser Tatsache beschloß die Landesversammlung einstimmig die sofortige Auflösung des Bötkischen Blocks. Da aber eine Reihe prominenter Vorführer und auch eine Reihe von Ortsgruppen und Einzelmitglieder in den Kreisverbänden aus persönlichen und anderen Gründen der Partei Hiller nicht beitreten, wurde für Bayern eine eigene „Nationalsozialistische Bötkische Arbeitsgemeinschaft“ gegründet, um zu verhindern, daß diese Leute, die sich Hiller nicht anschließen, ins deutschnational Lager übergehen. Es handelt sich hier in der Hauptsache um jene politischen Kreise, die in der Entfremdung zwischen Hiller und Ludendorff sich auf die Seite des „Großen Feldherrn“ stellten. Von den jetzigen bayrischen Landesgruppenleitern des Bötkischen Blocks, der auch für die Zukunft als Fraktion im Landtage zusammenbleiben will, haben sich 7 unter Führung des Abgeordneten Dörfler der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen.

Die SPD, nur noch ein Häuflein wildgewordener Parteifanatischer

wäre. Diese Ausführung rief die Leitung des Unterbezirks Essen sichtlich auf den Plan, die sich schließend vor die Zentrale stellte und dabei durchschießen ließ, daß der Redner zum Ausschluß reif sei. Allgemein betrachtet, war aus der Debatte hervorzugehen, daß im Ruhrgebiet die innere Zerrissenheit und der Geist des Unmuts gegen die Zentrale sehr groß sind.

Ruths Schlusswort ließ erkennen, daß die unerwarteten Angriffe gegen die Zentrale sie erheblich mitgenommen hatten. Ihre Ausführungen waren lediglich eine persönliche Unterhaltung mit den aufgeregten Gegnern. Sie rechtfertigte das Verhalten der Parteileitung in der Frage der Parteifreiheit und verurteilte nachzuweisen, daß die Meinungslosigkeit von der Partei nicht unterbunden werde. (Rufe: Oh!) Das sei es in den Fällen Brandler und Genossen schon keine Opposition mehr, sondern reinste Obstruktion. Die Partei brandte Brandler und nicht Interminieren. Gerade der zum Teil verlebte Ruhrbezirk mit seinen „schlummernden revolutionären Energien“ habe die Pflicht, sehr eifrig seine revolutionäre Organisationsarbeit zu leisten, um seinem Ruhrbezirk wieder zum gleichzukommen. Sie erwarte die willige Unterordnung unter die Parteiführung und bedingungslose Übergabe eines jeden Mitgliedes an die Parteiarbeit. — Die Ausführungen Ruth Böhlers über den verstorbenen Ruhrbezirk bewiesen blühheller, wie weit der Zwiespalt zwischen rechts und links in der SPD, gedenken ist.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß auch einer der Gründungsmitglieder des Roten Frontkämpferbundes, Seemann, Berlin, aus der SPD, wegen Unterdrückung ausgeschlossen worden ist.

Befehlsausgabe

Frankfurt a. M., 11. März. (Eig. Dr. Tr.) Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat am vier. also die Hälfte der Frankfurter Stadterordneten der SPD, den Befehl zur Niederlegung ihrer Mandate gegeben. Diese „Schwarzverbrecher“ waren bei der letzten Anprobe des Stadterordnetenwahls in der letzten Sitzung der Stadterordnetenversammlung anlässlich des Todes des Reichspräsidenten Ebert mit der überaus Stadterordnetenversammlung erschienen, die damals vier Mitglieder waren bei dieser Sitzung abwesend bis auf einen, der kurz vor der Rede hinstieg.

te 12
Kerob
mit An
such ein
lene Gew
urberlein
Gasthof
nerinnen
174 Uhr
Korps
zial ist
in der
Küster
Gleichen
mal. Diefen
in finken
die Wit
a u des
fmerkam
oben im
den
plich
ien Karl
u haben
angegen
Vortrag
0. März
f wurde
Zaggs
fprochen.
bestatll
werden
s über
ist eine
Die Best
fort an
ung hat
fahrtlog
ung der
Für den
alten bis
Auch für
Bildung
nommen.
praktisch
Beratungen
Partielle
Rechtsh
reider.
Hiera
Auch von
Offener
zu be
andere
Erlaube
bei der
erzählen
und Sie
gleichung
Kaltver
enden.
95
65
50
75
90
75
rad
haus
e 17
36